

0229/2013/Au

An die
Frau Stadtpräsidentin
Anna-Katharina Schättiger
Neues Rathaus

E. 5/10.15
3 05.10.15

24534 Neumünster

Neumünster, 01.10.2015

Sehr geehrte Frau Stadtpräsidentin,

bitte setzen Sie folgende **Große Anfrage** auf die Tagesordnung der Ratsversammlung am 17.11.15:

1. Wie hoch ist aktuell die Zahl der sich in Neumünster befindlichen Flüchtlinge und Asylsuchenden in der Erstaufnahmeeinrichtung?
2. Wie hoch ist die Zahl der ab Oktober 2015 dauerhaft in Neumünster unterzubringenden Flüchtlinge und Asylbewerber?
3. Können Angaben über die Zusammensetzung der betroffenen Gruppe gemacht werden? Wie viele von ihnen sind männlich, wie viele weiblich, wie viele Familien gibt es mit wie vielen Kindern?
4. Ist die Verwaltung der Meinung, dass es hierfür ein ausreichendes Wohnungsangebot gibt?
5. Wie hoch ist gegenwärtig der Wohnungsleerstand in Neumünster gegliedert nach
 - a) Wohnungen im städtischen Besitz,
 - b) Wohnungen im Besitz der Wohnungsbau GmbH,
 - c) Wohnungen anderer Wohnungsbaugesellschaften?
6. Hat die Stadt Informationen über den Zustand der Wohnungen hinsichtlich der Nutzungsmöglichkeiten und sofortiger Vermietbarkeit und welche?
7. Hat die Stadt Informationen über den erforderlichen Renovierungsaufwand und welche?

8. Gibt es Gespräche zwischen der Verwaltung und den Wohnungsbaugesellschaften hinsichtlich sofortiger Verfügbarkeit und Vermietungsbereitschaft und welche Ergebnisse können berichtet werden?
9. Hält die Verwaltung Wohnungsneubauprojekte für erforderlich und wenn ja, in welcher Größenordnung?
10. Teilt die Stadt die Ansicht der Fragesteller, dass eine Ghettoisierung und Kasernierung von Flüchtlingen und Asylsuchenden unbedingt zu vermeiden ist und über die Erstaufnahmeeinrichtung hinaus von Anfang an gar nicht erst entstehen darf?
11. Auf welche Weise beabsichtigt die Stadt, sicherzustellen, dass es keine Trennung nach Religionszugehörigkeit und/oder ethnischer Herkunft gibt.
12. Welche Maßnahmen, die der Integration förderlich und geeignet sind unser Rechts- und Wertesystem nachhaltig zu vermitteln, hält die Stadt für notwendig und für machbar. Gibt es hierüber einen Austausch mit dem Land und können hierzu schon konkrete Aussagen getroffen werden?


Reinhard Ruge
und Fraktion